

Trump droht mit 50% Zöllen: EU fordert Einheit im Handelsstreit!

US-Präsident Trump plant 50% Zoll auf EU-Waren. Die IV warnt vor Handelskriegen und betont die Notwendigkeit von Dialog und neuen Abkommen.



EU, Europa - Am 24. Mai 2025 hat US-Präsident Donald Trump angekündigt, zusätzliche Zölle in Höhe von 50 Prozent auf Waren aus der Europäischen Union zu erheben. Diese Entwicklung hat die Industriellenvereinigung (IV) alarmiert, die sich jedoch in einer abwartenden Haltung zeigt. Christoph Neumayer, Generalsekretär der IV, betont die Ernsthaftigkeit der Ankündigungen, warnt aber davor, dass solche Maßnahmen als Einschüchterung wahrgenommen werden könnten. Er fordert ein geeintes und entschlossenes Auftreten der EU gegenüber den US-Behörden.

Neumayer sieht die Notwendigkeit, den Dialog mit den USA fortzusetzen. Er und die IV betonen, dass die EU ihre Interessen

entschlossen vertreten und dabei maßvoll reagieren sollte. Zudem wird davor gewarnt, dass ein Handelskrieg nur Verlierer kennt und Eskalationen unbedingt vermieden werden müssen.

Folgen und Strategien der EU

Die Weltwirtschaft sowie zahlreiche Unternehmen stehen unter Druck, nicht zuletzt durch die US-Zölle und die damit verbundene Verunsicherung. Das ist ein zentrales Thema, das auch in den Debatten des Europaparlaments nach Trumps Wiederwahl im November 2024 diskutiert wurde. Die Abgeordneten forderten eine Fortsetzung der transatlantischen Zusammenarbeit. Adam Szłapka, der polnische Minister für europäische Angelegenheiten, hob in einer Debatte die Vorteile eines offenen und fairen Handels hervor. Gleichzeitig betonte Maroš Šefčovič von der Europäischen Kommission die schädlichen Auswirkungen der US-Zölle auf Unternehmen und Verbraucher.

Bernd Lange, Vorsitzender des Ausschusses für internationalen Handel, wies auf die Möglichkeit von Gegenzöllen hin, während Sophie Wilmès, stellvertretende Vorsitzende der Parlamentsdelegation für die Beziehungen zu den USA, die Bedeutung der Abschreckung betonte. Angesichts der drohenden Zölle wird auch die Diversifizierung der Handelspartner als notwendig erachtet. Die EU sollte neue Handelsabkommen anstreben, insbesondere mit Ländern wie Indien, Mexiko und Australien. Bestehende Abkommen wie das Mercosur-Abkommen könnten helfen, diese Strategien zu unterstützen.

Historischer Kontext der Handelskonflikte

Handelskriege sind kein neues Phänomen und können ohne militärische Gewalt durch hohe Zölle und Wirtschaftsboykotte geführt werden. Wie *Planet Wissen* feststellt, wurden viele historische Konflikte auch aus wirtschaftlichen Motiven geführt. Das Drama von Johann Wolfgang von Goethe beschreibt

treffend, dass Krieg, Handel und Piraterie untrennbar verbunden sind. Handelskriege erreichen oft eine Eskalation, die alle Beteiligten schädigt, ohne dass es eine klare Gewinnerseite gibt.

Ein Beispiel aus der Geschichte ist die Kontinentalsperre, die Napoleon 1806 als Reaktion auf Handelsstreitigkeiten mit Großbritannien initiierte. Dies führte zu einer Reihe von hohen Zöllen und Reaktionen, die die Handelsbeziehungen zwischen den Ländern stark beeinträchtigten. Ähnliche Dynamiken sind auch in der heutigen geopolitischen Landschaft wiederzuerkennen.

Um zukünftige Konflikte zu vermeiden, ist es wichtig, dass die EU nicht nur ihre Geschäfte diversifiziert, sondern auch bestehende Abkommen wie das Mercosur überdenkt. Die Aussage von Neumayer zur Notwendigkeit eines entschlossenen Auftretens zeigt, dass die Herausforderungen, vor denen die EU steht, sowohl komplex als auch vielschichtig sind.

In Anbetracht der aktuellen Entwicklungen bleibt zu hoffen, dass ein offener Dialog und die Bemühungen zur Stärkung transatlantischer Beziehungen weiterhin im Vordergrund stehen.

Details	
Vorfall	Handelskrieg
Ort	EU, Europa
Quellen	• www.ots.at • www.europarl.europa.eu • www.planet-wissen.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at